

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Anzeigenpreis: Die Belegblätter
Prozent für Anzeigen aus Aus
Umgebend 4.00 Mark, auswärts
Anzeigen 2.00 Mark, Uniformen-
Anzeigen 2.00 Mark, bei größeren Ab-
nehmern entsprechender Rabatt.

Verleger: Dr. h. c. h. Auer
Verlag: Das Erzgebirge
Vertrieb: Der Verlag
Eigentümer: Dr. h. c. h. Auer
Redaktion: Dr. h. c. h. Auer
Druck: Dr. h. c. h. Auer

Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aus.

Postfach-Konto: Amt Leipzig Nr. 1000

Nr. 168

Freitag, den 21. Juli 1922

17. Jahrgang

Teuerung und Wohnungsbau.

Von dem demokratischen Reichstagsabgeordneten
Jahr, Mitglied des Wohnungsausschusses des Reichstags,
wird uns geschrieben: Wenn auch vielen Mitgliedern
des Wohnungsausschusses bekannt war, daß die Baukosten
mit der Entwertung des Geldes ungeheuer gestiegen
sind, so ging doch die Wirklichkeit über die Befürchtungen
der ärgsten Bestimsten noch weit hinaus. Man
hatte gehofft, mit dem für das Baujahr 1922 aus der
Wohnungsabgabe, den Kohlenzuschlägen, den Zuschüssen
der verschiedenen Ministerien etwa 100 000 zu bevor-
schaffende Wohnungen herstellen zu können. Tatsächlich
werden es kaum 30 000 Wohnungen werden, während
der jährliche Zuwachs von Wohnungsfuchern mit
150 000 wohl zu niedrig veranschlagt wird. Aus der
Wohnungsabgabe von 50 Prozent wird ein Jahresertrag
von 2 Milliarden Mark erwartet, von denen 1,6 Milli-
arden direkt als Zuschüsse verwendbar wären. 3 Milli-
arden werden als Darlehen von den Versicherungsanstalten
erwartet, die aus dem Rest der Wohnungsabgabe ver-
zinst und getilgt werden sollen. Die Kohlenabgabe
bringt bei 12 Mark für die Tonne Steinkohle, 18 Mark
für die Tonne Koks, 4 Mark für die Tonne Rohbraun-
kohle für Bergmannswohnungen 1,4 Milliarden, der
Arbeitszuschuß von Reich, Ländern, Gemeinden
ebenfalls 1,4 Milliarden. Rechnet man mit einem Zu-
schuß von 200 000 Mark, so könnte man mit den 7,4
Milliarden Mark aus öffentlichen Mitteln 37 000 Woh-
nungen bauen. Man wird aber mit 250- bis 300 000
Mark Zuschuß rechnen müssen. Dann könnte man aber
nur 28 000 oder gar nur 23 000 Wohnungen bauen.
Auch wenn die Durchschnittsgröße unter 70 Quadrat-
meter Wohnfläche bleibt, ergibt das für 1922 höchstens
30 000 neu erbaute Wohnungen. In Berlin veranschlagt
man heute die Kosten einer Wohnung von 70 Quadrat-
meter auf etwa 400 000 Mark — im Reich wird man
höchstens der Wende etwas billiger bauen, im Rheinland,
Westfalen noch teurer —; bei diesen Preisen wird der
Fehlbetrag an Wohnungen auf 1 Million hunderttausend
anzuwachsen. In Berlin beträgt der Preis der Mauer-
steine über 3000 Mark, für Balkenholz über 5000 Mark,
für 100 Mio Zement über 200 Mark, der Lohn der
Maurer war auf 32 Mark, der Bauhilfsarbeiter auf 31
Mark gestiegen! Und diese Sätze steigern sich weiter mit
der Entwertung des Geldes.

Der Wohnungsausschuss ist sich darüber einig, daß in
der bisherigen Weise nicht weiter gearbeitet werden
kann, auch mit einer Verdreifachung der Wohnungsab-
gabe könnten ausreichende Neubauten nicht geschaffen
werden. Es soll daher versucht werden, aus den vor-
handenen Gebäuden im Besitz von Behörden und Pri-
vaten alle Räume nutzbar zu machen, die als Wohn-
räume der jetzigen Bewohner irgend wie entbehrlich
sind, oder durch Umbauten zu Wohnräumen umgestaltet
werden können. Man denkt an Kasernen, Speise-
kellern, Vorräume, Bodenausbau und dergl. Um diese Mög-
lichkeiten nach allen Seiten zu prüfen, soll ein Unter-
ausschuss mit Sachverständigen am 4. September zu-
sammenreten, der alsdann dem Gesamtausschuss und
dem Reichstag sofort beim Zusammentritt seine Vor-
schläge unterbreiten wird. Ohne einschneidende Maß-
regeln wird es kaum möglich sein, gegen die dauernd
sich steigende Not Abhilfe zu schaffen.

Unerhörte Forderungen des Garantiekomitees.

Die Vorschläge.

Die Reichsregierung teilt halbamtlich mit, daß sie
mit dem inzwischen nach Paris zurückgekehrten Garantie-
komitee sich über Vorschläge zur Prüfung der deutschen
Finanzen geeinigt habe. Es seien die drei grund-
sätzlichen Bedingungen der Regierung anerkannt worden,
daß die Finanzkontrolle die Souveränität des Deutschen
Reiches nicht antaste, in den laufenden Gans der Ver-
waltung nicht eingreifen und in das Steuergeheimnis
des Einzelnen nicht eindringen dürfe. Wie weit diese
Behauptung der Regierung zutrifft, wird man erst nach-
prüfen können, wenn der Wortlaut der Vorschläge des
Garantiekomitees bekannt gegeben wird. Einstweilen
heißt man nur, daß von den Ministern zwei Dala-
gierie in Berlin eingesetzt werden sollen, einer für
die Einnahmen, einer für die Ausgaben, die sich
in Zusammenarbeiten mit dem Reichsfinanzministerium
über den Gang der weiteren finanzellen und steuer-
lichen Entwicklung Deutschlands unterrichten sollen. Zu
diesem Zweck hat sich die Regierung verpflichtet, den
beiden Delegationen den Etat, die Nachtragcredite und

die steuerlichen Befugnisse zu derselben
Zeit zugänglich zu machen, in der sie den zu-
ständigen parlamentarischen Körperschaften,
dem Reichstag, dem Reichswirtschafts-
rat und dem Reichstag zugelassen werden. Fern-
er soll der statistische Apparat, der bei der heutigen
Ueberlastung der Steuerverwaltung stark vernachlässigt
worden war, möglichst schnell wieder auf den Stand der
Vorkriegszeit gebracht werden. Zur Vermeidung einer
laufenden Kontrolle der Finanzämter und der
Landesfinanzämter im Reich durch das Garantiekomitee
hat die Regierung eingewilligt, ihrerseits eine
laufende Kontrolle dieser Beamten einzusetzen und den
Ministern zu gestatten, gelegentlich an dem einen oder
anderen Ort einer Prüfung der Finanzämter beizuwohnen
und Stichproben aus ihren Akten vorzunehmen, so-
weit dabei das Steuergeheimnis der einzelnen Re-
zidenten nicht berührt wird. Zur stärkeren Einschränkung
der Kapitalausfuhr soll jede solche in Zukunft ge-
nehmigungspflichtig sein. Persönlichkeiten oder Fir-
men jedoch, die ständig und berufsmäßig mit dem Aus-
land Geschäfts machen, sollen dazu nur einer gene-
ralen Erlaubnisbescheinigung ihrer Handelskammer be-
dürfen. Man sieht aus diesen Verlautbarungen bereits,
daß die Regierung den Anforderungen des Garantie-
komitees außerordentlich weit entgegen gekommen ist.
Sie hat es wohl getan, weil sie in einem Augenblick,
da sie dringend ein Wortwort und eine äußere Anleihe
verlangte, nicht gut einen vollen Einblick in ihre Fi-
nanzgebühren verweigern konnte. Immerhin bleibt
der Wortlaut der Vereinbarung abzuwarten, ehe ein
endgültiges Urteil gefällt werden kann.

Ein zentraler Kontrolldienst.

Halbamtlich wird gemeldet: Für die Beratungen des
Garantiekomitees mit der deutschen Regierung waren
vier Unterausschüsse gebildet: für die Einnahmen, für
die Ausgaben, für die Kapitalflucht und für die Stati-
stik. Man hat sich darüber verständigt, daß die Vertre-
ter des Garantiekomitees künftig durch das Reichs-
finanzministerium regelmäßig Informationen über die
Einnahmen und Ausgaben erhalten, und daß ihnen die
Möglichkeit gegeben wird, sich über alle einschlägigen Be-
stimmungen und ihre Anwendung fortlaufend zu unter-
richten. Das Reichsfinanzministerium richtet einen
zentralen beweglichen Kontrolldienst ein
und wird dem Garantiekomitee die Möglichkeit geben,
sich von Zeit zu Zeit von der Wirksamkeit dieses deut-
schen Kontrolldienstes zu überzeugen. In dem Unter-
ausschuss für Kapitalflucht wurden die Vorschläge für
weitere Maßnahmen zur Besprechung gebracht, um die
Kapitalflucht zu treffen. Der Garantiekomitee
hat die Ergebnisse dieser Arbeiten in einem Memorandum
zusammengefaßt, das der deutschen Regierung
übermittelt wurde. Da Uebereinstimmung darüber fest-
gestellt war, daß keine der in dem Memorandum vor-
geführten Maßnahmen die Souveränität des Deutschen
Reiches antasteten, den geordneten Gang der deutschen
Verwaltung stören oder das Geheimnis der deutschen
Steuerpflichtigen verletzen würde, hat die deutsche Re-
gierung vorbehaltlich einer schriftlichen Beantwortung
mitteilen lassen, daß sie dem Inhalt dieses Memorandum
beirrit.

Sturz des Kabinetts de Facta.

Das Kabinet de Facta ist soeben durch ein Mit-
trauenvotum zu Fall gebracht worden. Gleich nach
Beginn der Sitzung begannen die Erklärungen der ein-
zelnen Parteien zu der Tagesordnung, die von den So-
zialisten eingebracht war und von der Regierung unpartei-
liche Handhabung des Gesetzes forderte, also ein Mit-
trauen ausdrückte. Sofort zeigte sich die verzweifelte
Lage des Kabinetts, das außer den Stimmen der Na-
tionalisten, Rechts und Demokraten die ganze Kam-
mer gegen sich hat.

Die Sitzung erreichte den dramatischen Höhepunkt,
als der Faschistenführer Mussolini erklärte, seine Par-
tei werde baldigst entscheiden, ob sie überhaupt in der
Kammer bleiben werde. Er wachte warnend auf, keine
Regierung sei in Italien haltbar, wenn sie in ihr
Programm Maschinengewehre gegen die Faschisten auf-
nehme. Die Faschisten würden auf eine solche Reaktion
mit Insurrektion antworten. Die Nationalisten stimm-
ten für Facta, weil sie nicht die sogenannten parlamen-
tarischen Mandate der Popolari mitzumachen bereit
sind, Sozial und die Demokraten, weil sie von einer
Vänderung innerer Geschäfte befaschten. Der Austritt

der Sozialisten und Nationalisten händerte die Wahr-
scheinlichkeit des kommenden Linksabstimmens, obwohl es
möglich ist, daß angesichts der tatsächlich drohenden
inneren Lage abermals ein Kompromiß gesucht werde,
um die Lage bis November in der Schwere zu halten.
Das Kabinet de Facta ist mit 103 gegen 288 Stimmen
gefallen.

Kleine politische Meldungen.

Subjektiv Auffassung in Bayern.

Bis zur Stunde ist über den Verlauf des gestrigen
Ministerrats nichts bekanntgegeben worden. Eine amt-
liche Mitteilung wird überhaupt nicht erfolgen. Da das
Ministerrat vor der endgültigen Festsetzung des Wort-
laut des Gesetzes im amtlichen Einlaß abwarten will.
Es ist jedoch nicht anzunehmen, daß die Stellungnahme
der Regierung der Öffentlichkeit mitgeteilt wird, ehe
die Parteien sich schlüssig geworden sind. Dies dürfte
sich, obwohl die maßgebende Partei, die Bayerische Volk-
partei, bereits am Freitag zusammentritt, bis Mitte
nächster Woche hinziehen, denn die Demokraten haben
ihren Landesvorstand erst auf Ende dieser Woche, die
Lauernbündler sogar erst auf nächsten Montag einberu-
fen. Wie die W. R. R. gehört haben wollen, soll
Dr. Preger bei seiner Darlegung ganz besonders die
schroffe Ablehnung betonen haben, die alle von ihm im
Namen der bayerischen Regierung gemachten Vorschläge
gefunden haben. Glaubwürdig scheint die weitere An-
gabe des Blattes, daß der Ministerpräsident Graf
Berchtold es unter keinen Umständen zu
einem Bruch kommen lassen will und auch
nicht kommen lassen wird.

6,9 Milliarden Fehlbetrag bei den Reichseisenbahnen
Der Abschluß des ordentlichen Haushalts der Reichsbahn-
verwaltung für das Rechnungsjahr 1921 liegt vor. Er
ergibt eine Einnahme von 25,1 Milliarden und eine
Ausgabe von rund 32 Milliarden. Der Fehlbetrag be-
trägt sich auf 6,9 Milliarden. Das ist gegenüber dem
Haushaltsanschlag 1921 von 10,8 Milliarden eine Verbes-
serung um 3,9 Milliarden und gegenüber dem Fehlbetrag
im Rechnungsjahr 1920 mit 15,6 Milliarden eine Verbesse-
rung um 8,7 Milliarden. Der Fehlbetrag
ist also geringer als er nach dem Reichsverkehrs-
ministerium bekannt gegebenen Schätzung zu erwarten
war. Die Verbesserung des Ergebnisses ist einerseits
den Tarifserhöhungen, der sparsamen Betriebsgestaltung
und der schärferen Erfassung aller sonstigen Einnahme-
quellen, andererseits den Erfolgen auf dem Gebiet der
Ausgabenwirtschaft zu danken.

Ein neuer Vergewaltigungsdelikt. Nach dem jetzt
erlangenen Schiedsspruch muß Deutschland auf Grund des
Artikels 339 des Versailler Vertrages, sowohl an die Tschecho-
slowakei wie an Polen Raumraum, Schlepptrost und einen Be-
trag in Kisten abtreten. Der Schiedsspruch muß Bestren-
den erragen, weil die schiffbare Oder ganz auf deutschem Ge-
biete verläuft. Alle Proteste der deutschen Regierung sind aber
natürlich vergeblich gewesen.

Colander über die Schwierigkeiten in Oberschlesien. Ein
Vertreter der B. J. hat eine Unterredung mit dem Präsiden-
ten Colander, der über seine Einbrüche in Warschau sagte, daß
er den besten Willen gefunden habe, ihn in seiner schweren
Aufgabe zu unterstützen. Auch die herzliche Aufnahme in Ber-
lin habe ihn in seinem Optimismus bestärkt. Er hoffe, viele
Gegensätze in Oberschlesien durch seine unparteiische und ge-
rechte Behandlung aller Streitfragen zu überbrücken. Vor
allem sei notwendig die Entwaffung der Bevölkerung haben
und drüber und ein verstärkter polizeilicher Schutz.

Erfolg der deutschen Abgeordneten im Saarparlament.
Die deutschen Abgeordneten haben im Saarparlament einen
großen Erfolg errungen. Sie haben durchgesetzt, daß sie ihre
Erklärungen, deren Verlesung ihnen ursprünglich verweigert
war, doch haben verlesen können. Alle diese Erklärungen mit
Einschluß derjenigen der Kommunisten enthielten scharfe Pro-
teste gegen die Regierung und namentlich gegen Herrn Doctor.
Nur der Abg. Schmolz von der Haus- und Grundbesitzerpartei
sprach pflaumenweich und verständlich.

Die Frist zur Räumung des besetzten Gebietes läuft noch
garnicht. Die französische Liga Souverain-vous (Erinnert Euch)
hat Poincare eine, mit 10 Millionen Unterschriften versehene
Adresse überreicht, in der die Aburteilung der Kriegsver-
brecher verlangt wird. Poincare hat sich diese Gelegenheit zur
Deutlichkeit nicht entgehen lassen. Er erklärte, daß nach der
Verabredung der Prozesse von Leipzig, die französische Regierung,
die Angehörigen in contumaciam werbe aburteilen lassen,
aber ehe die Verurteilten nicht ausgeliefert seien, könne die
Frist zur Räumung der besetzten Gebiete nicht zu laufen begin-
nen. Das ist natürlich der Jubelstern. Das Rheinland weiter
unter französischer Faust zu halten. Ueber die Begeisterung
der Reichsgerichtsurteile wird sich das Gericht mit Äschel-
zucken hinwegsetzen.

Noch keine Einigung zwischen Preußen und Hamburg.
Reichsminister Dr. Köster hat in Verantwortung des Schrei-
bens des Hamburger Senats über die Ergebnislosigkeit der
Verhandlungen zwischen Preußen und Hamburg in der Groß-
hamburger Frage dem Hamburger Senat mitgeteilt, daß er